

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/63

Bonn, den 3. April 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Auf der Suche nach einer Position</u> Zum FDP-Parteitag in Hannover	46
2 - 3	<u>Unsere Kulturpolitik im Ausland (I)</u> Eine Bilanz, die sich nicht sehen lassen kann Von Georg Kahn-Ackermann, MdB	88
4 - 5	<u>SALZGITTER</u> Eine Stadt aus der Retorte wurde 25 Jahre alt Von Klaus Rusticus, Hannover	83
6 - 7	<u>Pekings atomare Rüstung geht weiter</u> Rotchina baut Serien seiner ersten Mittelstreckenrakete Von Erwin Erasmus Koch	91

* * *

Auf der Suche nach einer Position

Zum FDP-Parteitag in Hannover

sp - Es gibt in diesen Tagen viele Wirbel um die Freien Demokraten. Doch dem in Hannover stattfindenden Bundesparteitag der FDP kommt wohl nicht der Charakter eines erstklassigen politischen Ereignisses zu. Seit die FDP nicht mehr den Koalitionspartner der Bundesregierung stellt, hat sie an politischem Gewicht und an Bedeutung abgenommen; widerstrebende Kräfte und Strömungen suchen zudem, einander den Rang abzulaufen. Die Rolle einer parlamentarischen Opposition ist dieser Partei nicht auf den Leib geschnitten. Durch Tollkühnheit und Aggressivität in der Deutschlandfrage versucht sie eine Art von Selbstentlastung. Aber diese Aktivität löst keinen Wellenschlag aus, sie gleicht mehr dem Strohfeuer, von dem nur die Asche übrigbleibt.

Die Suche nach einem neuen Standort in der deutschen Politik ist schwierig für eine Partei, die mitverantwortlich ist für das schlimme Erbe, das die Regierung Erhard-Mende hinterlassen hat. Der damalige FDP-Finanzminister Dahlgrün hatte recht gute Kenntnis von der sich rapide verschlechternden Haushaltslage und ihren Milliardendefiziten. Doch ihm fehlte vor den Bundestagswahlen der Mut, durch Rücktritt die Zeichen für eine Neubesinnung zu setzen. Dahlgrün erhob keinen Widerspruch gegen die parlamentarische Verabschiedung von ausgebeurkundeten Gesetzen, obwohl dies seine Pflicht als Bundesfinanzminister geboten hätte. Seine Partei deckte sein Verhalten, sie stieß sich nicht daran. Es bedurfte einer wahren Herkulesarbeit, den Schlamassel einigermaßen auszuräumen, für den auch der damalige Vizekanzler Mende Verantwortung trägt.

Allzu verständlich wirkt daher das Bestreben dieser Partei, die Sünden der Vergangenheit, an denen wir noch alle lange Zeit zu tragen haben, durch eine Flucht nach vorn zu überdecken. Doch die FDP verlangt nun eine Bestandsaufnahme deutscher Politik. Hat sie vergessen, daß diese schon während der Verhandlungen über die neue Regierungsbildung im Herbst vergangenen Jahres erfolgte? Seitdem sind keine überraschenden neuen Tatbestände hinzugekommen. Die Große Koalition hat aufgrund jener Bestandsaufnahme das unter Erhard-Mende auf den Gefährdungspunkt gebrachte Verhältnis zu Frankreich wieder in Ordnung gebracht. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sind illusionsfreier und vielleicht gerade deshalb wieder normal geworden. Die Aktivierung der Ostpolitik zeitigt ihre ersten Früchte. Auf dem Gebiet der Finanz- und Wirtschaftspolitik geht die Große Koalition mit Energie daran, mit dem übernommenen schweren Erbe fertig zu werden. Die Bundesrepublik hat wieder eine handlungsfähige, sich ihres Wesens bewußte Bundesregierung sowohl nach innen als auch nach außen. Unter der Regierung Erhard-Mende war der Weg außer Sichtweite geraten.

Die Schwierigkeiten der FDP liegen darin begründet. Seit ihrem Bestehen sah sie es als ihre Hauptaufgabe an, den Sozialdemokraten das Tor zur Regierungsverantwortung auf Bundesebene geschlossen zu halten. Das hat Volk und Staat nicht gut getan. Es scheint, als ob sich auch diesmal die Standortsuche der FDP im Negativen verlieren wird.

Unsere Kulturpolitik im Ausland (I)

Eine Bilanz, die sich nicht sehen lassen kann

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Ein Jahr ist es nun her, seit der engagierte Dieter Sattler die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes verlassen hat, und dieses eine Jahr hat genügt, um die Abteilung in jene einfallelose Routineatmosphäre zurücksinken zu lassen, die sie vor Sattler hatte. Nach wie vor ziehen gelehrte Juristen als Kulturreferenten in die Welt hinaus, um achtzig Prozent ihrer Zeit St. Bürokratius zu huldigen, während - der Haushaltsplan 1967 verrät es - mit einer 250-Millionen-DM-Gießkanne vielleicht emsig, aber nicht sehr sinnvoll amtlich geförderte deutsche Kultur über alle Welt gesprengt wird.

Außenminister Brandt, seit seiner Amtsübernahme noch kaum zur Ruhe gekommen, hat, obwohl ungleich überzeugter von der Bedeutung der auswärtigen Kulturpolitik als sein Vorgänger, noch nicht jene Atempause gefunden, die nötig ist, um die Hinterlassenschaft seines Vorgängers zu sichten. Die erste kritische Sonde wird der Minister bei der Überlegung ansetzen müssen, ob räumliche Beschränkungen in der Auslandskulturarbeit, wie andere sie üben, nicht vielleicht den Blick für wesentliche Aufgaben schärfen würden. Es ist kein Geheimnis, daß die bisher Verantwortlichen der deutschen Kulturpolitik im Ausland mehr planlos als überlegt in die neue Ära der Großen Koalition eingetreten sind und daß auch im Jahr des Sparsens noch immer Millionen wenig zweckvoll ausgegeben werden sollen.

Für jene, die sich über diesen vernachlässigten Arm deutscher Außenpolitik Gedanken machen, bleibt das noch von der Regierung Erhard-Monde konzipierte Haushaltstableau voller folgenschwerer Ungeheimheiten. Da sind zum Beispiel 3 Millionen DM zur Pflege unserer kulturellen Beziehungen zu den Oststaaten etabliert, für deren Verwendung in der Tat sehr vernünftige und überlegte Planungen und Vorstellungen bestehen.

Für die Pflege unserer Beziehungen zu ähnlich wichtigen Kulturregionen wie etwa die USA oder Westeuropa gibt es keine derartigen globalen Ansätze und daher auch keine sorgfältigen Planungen. Die Kulturarbeit in der restlichen Welt wird aus allgemeinen Töpfen gespeist - und überwiegend nach der Methode, hier ein bißchen und da ein bißchen.

Rückgang des Deutschunterrichts

So erregt es bisher in Bonn auch keinerlei Besorgnis, daß der Status der deutschen Sprache in den USA seit fünfzehn Jahren von der galoppierenden Schwindsucht befallen ist und daß dieser Status bei unseren wichtigsten Verbündeten vergleichsweise schlechter ist als in den kommunistischen Staaten Osteuropas. Die Zahl der Deutsch als Fremdsprache wählenden Elementarschüler in den USA ist im Jahr 1966 unter zwei Prozent gesunken, woraus sich schließen läßt, wieviele Studenten an den High Schools und Colleges in zehn Jahren

noch Deutsch lerner werden. In dem gleichen Jahrzehnt, in dem wir die Welt mit einem Netz von Kulturinstituten und Kulturattachés überzogen haben, ist der Stand des im Bildungssystem fremder Staaten integrierte Deutschunterricht um mehr als 50 Prozent zurückgegangen. Diese bittere Bilanz hat erstmals die Aufmerksamkeit der Verantwortlichen im Auswärtigen Amt erregt, als das Parlament sie vor einem halben Jahr darauf aufmerksam gemacht hat. Staatssekretär Rolf Lehr, damals wie heute für diesen Bereich unserer Außenpolitik verantwortlich, hat seinerzeit mit beschönigenden Gemeinplätzen die bestehenden Malaisen übertüncht; so lange ihm die Abteilung IV anvertraut bleibt, muß man beinahe befürchten, daß er das auch in Zukunft tun wird.

Für die Förderung der Kulturbeziehungen zu den USA gibt es seit dem Tod Bruno F. Werners weder ein Konzept noch ausreichende Mittel. Der ranghöchste deutsche Kulturattaché des gesamten auswärtigen Dienstes, der Kulturattaché in Washington, ist seit acht Jahren nichts anderes als der maitre de plaisir und Gaudibursch der deutschen Botschaft für den District of Columbia, der restliche Teil Amerikas wird nämlich nach Gottes unerforschlichem Ratschluß kulturell von unseren US-Generalkonsulaten betreut. Zudem ist unser Mann in Washington auch noch einem Gesandten unterstellt, der sehr viel vom Waidwerk, aber leider wenig von den Bereichen der Kultur versteht.

Verwandlung unserer Auslandsschulen

Mit dem ständigen Rückgang des integrierten Deutschunterrichts im Schulwesen anderer Staaten ist zugleich vornehmlich in Lateinamerika eine immer kräftiger um sich greifende Verwandlung unserer Auslandsschulen vor sich gegangen, die die Bezeichnung "Deutsche Auslandsschule" oft nicht mehr recht begreiflich macht. Aber in Bonn war man unter der Regierung Erhard-Mende von der romantischen Vorstellung dieses "schönsten und wichtigsten" Zweigs unserer Kulturpolitik derart befangen, daß man einfach jenen nicht glaubte, die einem nüchtern berichten, wie morsch dieser "schöne" Zweig ist. Auch im Haushalt 1967 sind erneut Millionen für Schulinvestitionen eingesetzt, die ohne jede wirkliche Relevanz für unsere kulturellen Beziehungen und eine wirkliche Promotion der deutschen Sprache im Gastland sind.

So wird der Ankauf eines Schulgrundstücks für eine neue Schule in Barcelona mit dem Drängen spanischer Eltern begründet, sie könnten ihre Kinder wegen des Anwachsens der deutschen Kolonie nicht mehr in der deutschen Schule unterbringen. Es sind dieselben Eltern, deren Kinder in Barcelona nach spanischem Lehrplan in spanischer Sprache in einer deutschen Schule unterwiesen werden müssen, weil die spanische Regierung ein an einer deutschen Schule von Spaniern erworbenes deutsches Abitur nicht als Hochschulreifezeugnis anerkennt. Hier fehlt die innere Logik und hier wird Zustimmung zum Opfer falsch verstandener Sentimentalität.

(Fortsetzung folgt)

SALZGITTER

Eine Stadt aus der Retorte wurde 25 Jahre alt

Von Klaus Rusticus, Hannover

Diese Stadt, von der hier die Rede ist, wurde auf Erz gebaut. Was in der Weimarer Republik an Besitzverhältnissen scheiterte, setzten die nazistischen Machthaber durch: Mit Hilfe des im Jahre 1938 durch Führerverordnung sanktionierten "Vierjahresplan" begannen sie hektisch, ein bis dahin friedlich schlummerndes Bauermland zu industrialisieren, stellten Hochöfen auf blanke Äcker, ließen Stahl- und Walzwerke nebst Siedlungen für die vielen Menschen, die nach hier gezwungen wurden oder auch freiwillig kamen, bauen und dokumentierten eigentlich durch die totale Niederlage 1945 mit dem im südöstlichen Niedersachsen zurückgelassenen Torso der heutigen Großstadt Salzgitter (120 000 Einwohner), daß selbst "nur" kommunistisches Werden nicht diktatorisch erzwungen werden kann. Und trotzdem konnte die als "Hermann-Göring-Stadt" beinahe mit ihren "Erlassern" verbliebene Stadt Salzgitter nahe der Zonengrenze am 1. 4. 1963 ihr 25-jähriges Bestehen feiern.

"...wo bleibt der Einzelhandel?"

Ein Vierteljahrhundert Stadtwerdung eignet sich nur wenig, über lokale Grenzen hinaus historische Analysen zu ziehen oder gar Prognosen anzustellen. Dieses Salzgitter ist aber einmalig in seiner Gründungsgeschichte und einmalig in seiner Fortentwicklung bis zum heutigen Tage:

- * In einem Dekret wurde verfügt, daß - analog zur Industrialisierung - vom 1. 4. 1942 ab 28 Dörfer und ein Städtchen mit einer Gesamtbevölkerung von ca. 20 000 Niedersachsen die - damalige - Stadt "Watenstedt-Salzgitter" bilden.
- * Die ersten Pläne der Stadtwerdung entsprachen ganz dem Größenwahn der damaligen Zeit, obwohl der Aufbau der Schwerindustrie mit einer Jahresstahlkapazität von zwei Millionen Tonnen nüchternem wirtschaftlichem Denken entsprach. Städtebaulich sollte aber das heutige Salzgitter ein Musterexemplar von ca. 300 000 Einwohnern werden.
- * Nach dem Vierjahresplan sollte das eigenartige Gebilde, das plötzlich eine "Stadt" war, mit ausreichenden Mitteln für die Erstausrüstung versehen werden. Was aber wirklich geleistet wurde, reichte gerade, um in jedem neuen Wohnabschnitt ein Einkaufshaus zu bauen.

Als Göring dann einmal in dem Siedlungsgebiet, das seinen Namen tragen sollte, auftauchte, wagte man sogar, ein Spruchband über die Straße zu spannen. Darauf stand: "Herr Ministerpräsident, wo bleibt der Einzelhandel?"

War es die städtebauliche Gleichschaltung?

Salzgitter gewinnt heute - 25 Jahr danach - historische Bedeutung. Aus folgenden Gründe:

Sollte in dieser Stadt eine neue städtebauliche NS-Norm praktiziert werden?

Das wurde bis heut nicht beantwortet, und es wäre eigentlich geschichtlich unwichtig, heute nach einer Antwort zu suchen, wenn Salzgitter mit den nazistischen Gründern untergegangen wäre.

Es zeigte sich aber gerade hier schon bald nach 1945 - trotz Vernichtung der wichtigsten Existenzbasis durch die Demontage, - daß man eigentlich nur auf den Tag gewartet hatte, von dem Städtebauer, Architekten, Wirtschaftler und Kommunalpolitiker frei von allen Dogmen eine wirkliche Stadt bauen und einen funktionsfähigen kommunalen Organismus entwickeln konnten.

Heute ein historisches Anschauungsbeispiel

Wer heut noch daran zweifelt, daß die Masse aller Deutschen nicht die nazistische Vergangenheit überwunden hat, der findet in der Stadt Salzgitter ein historisches Anschauungsbeispiel. In kaum 25 Jahren kletterte die Bevölkerungszahl von 20 000 auf 120 000 an. Es entstanden Geschäftszentren, Gemeinschaftseinrichtungen, Kirchen etc. In der zum bundeseigenen Salzgitter-Konzern gehörenden, wieder-aufgebauten Salzgitter-Hütte arbeiten heute 12 000 Menschen. Die Salzgitter-Gruppe beschäftigt in der Stadt selbst ca. 26 000 Mann von insgesamt 82 000, die zu diesem Unternehmen gehören. Es entwickelten sich auch Ausgleichsbetriebe.

Die Stadt bedarf der weiteren Hilfe...

Salzgitter ist heute nicht so stark verschuldet, weil man im kommunalen wie im wirtschaftlichen Bereich aus dem vollen gewirtschaftet hätte. Hier spiegelt sich kein "Wirtschaftswunder" wider; hier spuckte man ganz einfach in die Hände, weil man die Vergangenheit vergessen, ja, weil man leben und arbeiten wollte.

Es entstand eine neue Stadt mit vier Siedlungsschwerpunkten, in denen ca. 75 Prozent aller Einwohner leben. Noch ist nicht alles Gold, was glänzt. Der Nachholbedarf resultiert noch immer aus der Gründerzeit. Seit 1948 wurden im kommunalen Bereich allein 200 Millionen DM investiert. Bund und Land Niedersachsen halfen, aber ganz abgesehen von ca. 75 Millionen DM Schulden mußte die Stadt noch ca. 120 Millionen DM bis 1968 investieren, wenn sie den weiteren wichtigsten Nachholbedarf erfüllen will.

Dazu ist sie nicht in der Lage, wenn sie auch eine erstaunenswerte Gesamtleistung vollbrachte und alle Ansätze hat, um zu einem wichtigen Schwerpunkt im niedersächsischen Zonenrand zu werden. Die Entwicklung dieser Stadt in den nächsten 25 Jahren wird wesentlich von den Hilfen bestimmt sein, die man zu leisten gewillt oder in der Lage ist.

Pekings atomare Rüstung geht weiter

Rotchina baut Serien seiner ersten Mittelstreckenrakete

Von Erwin Erasmus Koch

Der Machtkampf innerhalb der Armeeführung Rotchinas scheint zunächst beendet zu sein. Ho Lung, der frühere Marschall, der Mitmarschierer auf dem Langen Marsch, einer der Gründer der Volksbefreiungsarmee, ist seiner Würden beraubt. Die Rote Garde hat ihn des "verräterischen Revisionismus" bezichtigt. Wie Ho Lung sind Oberkommandierende der Waffengattungen und nahezu sämtliche regionalen Militärbefehlshaber der Säuberung zum Opfer gefallen. Sie soll weiter die Kommandostäbe der Divisionen und Regimenter erfaßt haben.

Auch das Rätsel, das Lin Piao umgibt, bleibt. Er ist aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit seit November 1966 verschwunden. Seine Verwundungen aus der Schlacht um Stalingrad ließen ihn kränkeln, so heißt es. Eine zweite Version liest sich anders. Lin Piao habe selbst die Übernahme der nuklearen Waffenforschung durch die Armee überwacht, den neuen organisatorischen Aufbau geleitet und ebenso die Trägerwaffenherstellung der Kontrolle der Streitmacht übertragen. Lin halte sich im Chang Tang Gebirge auf, und zwar im Zentrum der Produktion der ersten Mittelstreckenraketenwaffe Rotchinas, in Nagchu Dzong.

Die Vermutungen westlicher und sowjetischer Militärexperten über die Lage der Produktionsstätten der rotchinesischen Raketenwaffen waren auf das Gebirgsmassiv des Chang Tang, nordöstlich von Tibet, gerichtet. Sie fanden nunmehr durch die Identifizierung in der Lufterkundung ihre Bestätigung. Eine Reihe von Aufnahmen beweist die angelegene Serienfertigung. Es handelt sich um eine Fortentwicklung der Trägerwaffe, die beim ersten rotchinesischen Lenkwaffentest, am 27. Oktober 1966, erprobt worden war.

Weitere 35 Rüstungskombinate arbeiten gegenwärtig über 26 Provinzen und fünf Autonome Regionen verteilt im Aufbau der rotchinesischen Luftwaffe unter der Aufsicht und dem Kommando der Volksbefreiungsarmee. Eine besondere "Wissenschaftliche und Technische Kommission für Nationale Verteidigung der Volksbefreiungsarmee" ist gebildet worden. "Hsinhua", die Nachrichtenagentur "Neues China", erwähnt diese Kommission neuerdings, wenn es um die nukleare Rüstung geht. Die amtliche Nachrichtenzentrale weist in diesem Zusammenhang betont auf die Bedeutung der Armee hin: "Die Dankbarkeit des chinesischen Volkes ist den Kommandeuren und Kämpfern der Volksbefreiungsarmee sicher, den Arbeitern, Ingenieuren, Technikern und Wissenschaftlern, die zu der Entwicklung der atomaren Waffen und ihrer Träger beigetragen haben." (Hsinhua, im Januar 1967)

Ingenieure der Armee (Luftwaffe) werden auch als Konstrukteure der neuen rotchinesischen Yak-18-Jäger genannt. Im Nordosten, in Shenyang, dem früheren Mukden, vollzieht sich die Serienfertigung der rotchinesischen MIG-19- und MIG-21-Jagdbomber. Ein weiteres ausgedehntes Zentrum der Luftrüstung Rotchinas befindet sich nahe dem Seengebiet der Umgebung von Manchang im südlichen Zentralchina. Das Werk Manchang I stellt vor allem Düsentriebwerke und Flugzeugmotore her,

u.a. auch TU-2- und TU-4-Motore; das Werk Nanchang II ist der Produktion von Flugzeugrümpfen vorbehalten. Die TU-4, ein Propeller-Flugzeug, vermag Atomwaffen leichter Konstruktion zu transportieren.

Es gibt keine verlässlichen Unterlagen für Angaben über den Stand des bisher vollzogenen Aufbaus der rotchinesischen Luftwaffe. Auf jeden Fall ist aber Rotchina, was die vermutliche Zahl seiner Flugzeuge angeht, bereits die dritte Luftmacht der Erde. Zur Zeit des Tests der ersten nuklearen Waffe, im Oktober 1964, standen der Luftwaffe des Mao-Regimes 10 000 ausgebildete Düsenbomber-Piloten zur Verfügung, wenn die Schätzungen militärischer Beobachter der Sowjetunion zutreffen.

Offenbar bleibt es die Absicht Lin Piaos und Tschu En-Lais, der beiden zumindest gegenwärtig maßgebenden Führer, von dem kranken Mao abgesehen, daß die Flugzeugwaffe der Defensive im weitesten Sinne dienen soll; dazu würde der Einsatz in Vietnam zählen. Demnach müßte die Produktion der Yak-18-Jäger, der MIG-19 und MIG-21 im Vordergrund stehen. Das Yak-Werk in Peking hat die Kapazität zur Herstellung von monatlich zehn Jägern, sofern die aus sowjetischer Quelle stammenden Angaben zutreffen. Rotchina müßte also in den abgelaufenen fünf Jahren rund 600 Flugzeuge des Typs fertiggestellt haben. Überdies sollten Fabriken in Pinking, dem früheren Harbin, und Chuchou im südlichen zentralen China gleichfalls Yak-Jäger herstellen.

Die Frage bleibt offen, wie es um die Aufrüstung mit modernen und modernsten Flugzeugen aussieht. Geht man dabei auch von der chinesischen Konstruktion des MIG-21-S aus, dürfte der Luftwaffe immerhin eine nicht unbeträchtliche Zahl Maschinen der fortgeschrittenen Entwicklung zur Verfügung stehen. Die Schätzungen, und nur sie sind dazu noch im ungewissen Sinne möglich, bewegen sich zwischen 1 000 und 2 000 Flugzeugen.

Infolge der Wirren im Inneren Chinas, der Auseinandersetzungen innerhalb der KPCh und der Machtkämpfe in der Armee ist offensichtlich der Test einer zweiten Lenkrakete mit nuklearem Sprengkopf verschoben worden. Die Konsolidierung der chinesischen Situation ist im Gange. Deshalb wird mit hoher Wahrscheinlichkeit in naher Zukunft die Erprobung einer weiteren Lenkrakete erfolgen.

Berechnungen der Plutoniumproduktion Rotchinas und der Möglichkeiten zur Erzeugung von Uran 235 ergeben, daß der Volksbefreiungsarmee gegenwärtig bei einem Jahresaufwand des Wertes von 4 Milliarden DM für die nukleare Rüstung wahrscheinlich 80 Atombomben in der Sprengwirkung der Hiroshima-Bombe (jeweils 20 Kilotonnen) zur Verfügung stehen. Aber auch darüber läßt sich nichts Genaueres aussagen.

Allein soviel steht fest: Die Nuklearmacht Rotchina wächst mit der Entwicklung der Trägerwaffe heran. Es ist kennzeichnend, daß die Sowjetunion bereits, eindeutig zum Schutz gegen vermutete Möglichkeiten von Raketenschlägen des gelben Nachbarn, ihr Antiraketen-Raketen-System ausbaut.